

Die „Freie Welt“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Mensche“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus zahlbar. Fernsprecher: 1970, 1971 und 1972.

Verlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die Abdruckkosten Konzepte oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inkostensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inkostensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Seite. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

# Freie Welt

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Um das Moratorium

### Heute Sitzung der Reparationskommission

(C.G.) Paris, 16. August. Die Reparationskommission wird wahrscheinlich morgen zusammentreten, um über das Ersuchen Deutschlands um Bewilligung eines Moratoriums zu verhandeln. Die Reparationskommission kann diesem Ersuchen beistimmen, kann es ablehnen oder nur teilweise annehmen, indem eine Reihe von Zahlungen, die in den nächsten Tagen fällig werden, gestundet werden. Gemäß dem § 13 des Anhangs II zum Teil 8 des Friedensvertrages von Versailles kann der Beschluß der Reparationskommission mit einfacher Mehrheit gefaßt werden. Einstimmigkeit ist nicht erforderlich, da es sich um keinen Ausschub von Zahlungen über das Jahr 1930 hinaus handelt. Bisher stellte sich die Reparationskommission bei Abstimmungen immer auf den Standpunkt, daß der französische Vertreter mit seiner Stimme als Präsident der Kommission das Übergewicht habe. Infolgedessen würde das Votum von Louis Dubois den Ausschlag geben. In der Moratoriumsfrage gab Poincaré Dubois bereits Weisung, gegen das Moratorium zu stimmen. Der englische und der italienische Vertreter erzielten von ihren Regierungen Auftrag, ihre Stimme für das Moratorium abzugeben. Die Entscheidung der Kommission hängt somit von den belgischen Vertretern ab. Wenn Belgien mit Frankreich, also gegen das Moratorium stimmt, so ist dies nach französischer Anschauung abgelehnt. Stimmt Belgien hingegen mit Frankreich und Italien, so wäre das Moratorium bewilligt. Stimmenshaltung gilt nach § 13 des Anhangs 2 als Ablehnung gegen einen vorliegenden Antrag, so daß also eine Stimmenshaltung von De la Croix als eine Ablehnung gegen das Moratorium aufgefäßt werden müßte. Gemäß § 14 des Anhangs 2 sind alle Entscheidungen der Reparationskommission sofort durchzuführen.

Paris, 16. August. Wie das Journal des Débats mitteilt, wird die Reparationskommission, der zur Zeit die Frage des Moratoriums vorliegt, zusammentreten, um den Wortlaut ihrer Antwort an Deutschland festzusetzen. Es sei jedoch nicht sicher, daß sie diese Antwort sofort an die deutsche Regierung abgeben lassen werde, vielmehr habe es den Anschein, daß die Delegierten die Richtlinien ihrer Regierungen, insbesondere die der französischen Regierung abwarten werden.

### Poincarés Haltung gebilligt

(C.G.) Paris, den 6. August. Die erste Sitzung des französischen Ministerrats in Rambouillet dauerte von 10 bis 12.30 Uhr. Es wurde folgende Mitteilung veröffentlicht: „Der Ministerpräsident hat ein vollständiges Exposé über die Londoner Versammlung gegeben und die Gründe auseinandergesetzt, die es unmöglich machen, zu einer Einigung zu gelangen! Der Ministerrat hat die Haltung des Ministerpräsidenten genehmigt und sich mit ihm solidarisch erklärt. Nach dem Mittagsessen wurde um zwei Uhr eine neue Sitzung eröffnet.“

### Keine Einberufung der Kammer

Paris, 16. August. Aus Rambouillet wird gemeldet, daß um 3 Uhr der Minister des Innern Mannonix erklärte, er sei berechtigt zu sagen, daß keine Rede davon sei, das Parlament einzuberufen.

### Der Kanzler zur Lage Deutschlands

London, 16. August. „Daily Chronicle“ veröffentlicht an leitender Stelle eine Unterredung seines Berliner Berichters George Kenwick mit dem Reichskanzler Wirth über die durch den Abbruch der Londoner Konferenz verursachte Verunsicherung der europäischen Lage. Der Reichskanzler sprach, wie der Berichterstatter meldet, während der ganzen Zeit mit nicht geringer Bewegung. Es war ihm eine starke Enttäuschung anzusehen, daß nichts in London geschehen sei. Um die bereits geschilderte Lage Europas zu erleichtern, Wirth begann mit der Erklärung, daß, obwohl keine übertriebenen Hoffnungen auf die Londoner Konferenz gesetzt worden seien, doch niemand ein solches Ergebnis erwartet habe. Wenn die Londoner Konferenz mit einem Siege des französischen Standpunktes geendet hätte, so hätte sie, wie französisch angenommen werden könne, das Ende der deutschen Währungsnot bedeutet. Das Ergebnis der Konferenz sei jedoch eine Katastrophe. Deutschland habe keinesfalls die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, und zum Nachweise dafür habe Deutschland, sobald unter den äusseren Schwierigkeiten, gestern eine Summe von 500.000 Pfund Sterling von dem Betrage der gestern fälligen 2 Millionen Pfund Sterling gezahlt. Wirth sagte: „Wir sind bereit zu zahlen im Verhältnis zu unserer Zahlungsfähigkeit. Diese Zah-

lungsfähigkeit nimmt jedoch von Tag zu Tag ab, und der augenblickliche Zusammenbruch der Mark bedeutet ihre weitere Verminderung. Diese Tat politischer Gewalt erschüttert die wirtschaftliche Lage ganz Europas, denn der Zusammenbruch unserer Währung wirkt natürlich auf alle anderen europäischen Staaten zurück. Die Auswirkungen aus Elsas-Vorbringen haben die deutsche öffentliche Meinung tief erregt. Die Berichte, die wir über die Vertreibungen erhalten sind furchtbar.“

Ueber die künftige Politik der deutschen Regierung befragt, erklärte der Kanzler: „Während der allerersten Monate können und werden wir unsere Verpflichtungen soweit durchzuführen, als die Sicherung der Brotversorgung für die Existenz des Volkes es zuläßt. Erst Brot für das Volk, dann Wiederherstellung. Was wirtschaftlich unmöglich ist, muß von selbst zusammenbrechen. Wir besitzen sowohl guten Willen, als auch Geduld in hohem Maße, unsere Kraft jedoch ist an ihrem Ende angelangt. Aus Gründen reiner Menschlichkeit müssen wir unserem Volke das Brot sicherstellen, um zu verhindern, daß es in Elend und Verzweiflung verfällt. Der Weg des deutschen Volkes ist schwer geworden. Unsere Schwierigkeiten bei der Brotbeschaffung werden vermehrt durch Handlungen, wie sie in Elsas-Vorbringen begangen werden.“ In der Frage des Moratoriums erklärte der Kanzler, es hätte, wenn es von einem praktischen Wert sein sollte, sich auf viele Monate erstrecken müssen. Vor 6 Monaten wäre ein Moratorium von noch so kurzer Zeit noch ganz wirksam gewesen, mit dem Fall der Mark aber würde das Moratorium immer weniger wertvoll. Die psychologische Wirkung wäre früher von großem Wert gewesen, jetzt bleibe jedoch die Wirkung aus, und gerade das Gefühl der Gefahr und der Unsicherheit sei eines der bestimmendsten Merkmale der Lage. Der Reichskanzler berührte sodann die Vorwürfe, die gegen die deutsche Regierung wegen der Kapitalflucht aus Deutschland erhoben werden. Er wies darauf hin, daß die Kapitalflucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Flucht des Kapitals aus irgendeinem Lande zu verhindern, sei, es der Mühe wert zu machen, das Kapital im Lande zu halten. Dies könne am besten erreicht werden, so weit Deutschland in Betracht käme, durch Stabilisierung der Mark. Diese Stabilisierung der Mark könne jedoch nur durch die Lösung der Wiederherstellungsfrage zu Stande gebracht werden. „Was wir brauchen, erklärte Wirth zum Schluß, ist Vertrauen. Diese augenblickliche Katastrophe der Mark, die ein neues kolossales Steigen der Preise und damit eine Bewegung zu erhöhten Löhnen und Gehältern bedeutet, beruht hauptsächlich auf der Furcht, daß Frankreich Deutschland nach dem Leben trachtet. Soll Deutschland nicht leben dürfen? Das ist die große Frage, das Schwert über unserem Haupte. Gehen wir den Weg Englands? England ist zum größten Teil ein ackerbautreibendes Land. Deutschland ist hauptsächlich ein Industrieland. Der Zusammenbruch Deutschlands würde ohne Beispiel dastehen, und nichts würde damit verglichen werden können. Aber wenn nur guter Wille da ist, kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.“

In einem weiteren Interview, das Reichskanzler Wirth Vertretern ausländischer Blätter gewährte, sagte er unter anderem:

„Das war die große Aufgabe des deutschen Volkes nach der Ardekkatastrophe, daß wir versucht haben, auf Grund einer neuen wahrhaft demokratischen Verfassung ein neues nationales Leben aufzubauen. Indem Deutschland das vollbrachte — und es war ein großes, historisch denkwürdiges Komproiß zwischen der Arbeiterwelt und der bürgerlichen Welt — indem es die Diktatur des Proletariats — den Ruf von Dänen — nicht zur Geltung kommen ließ, hat das demokratische Deutschland Europa einen achtschätzlichen Dienst erwiesen, der besonders in den westlichen Demokratien nicht verkannt werden kann.“

### Politik der Rache —

### Entwertung der Mark

(C.G.) London, 16. August. Die Presse beschäftigt sich heute mit der Frage, was Frankreich tun werde. Im allgemeinen bezweifelt man, daß die Reparationskommission die Erklärung Frankreichs, Deutschland habe den Vertrag nicht erfüllt, unterläßen werde. Die „Daily Mail“ schreibt, die deutsche Regierung wisse, in welche Gefahren Deutschland gekommen sei. Was der französische Ministerpräsident systematische Entwertung der Mark nennt, ist nicht die Politik der deutschen Regierung, sondern die Politik der unverhältnismäßigen Rache, die von den Staatsmännern Frankreichs verfolgt wird. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Der einzige Maßstab für die wirkliche Lage in Deutschland, den wir haben, ist die Tatsache, daß mit jeder Währungsnot ein weiterer Druck mittels der Wert seines Geldes folgt. Dies ist ein Beweis für die schlanen Mäandern seiner Finanz- und Staatsmänner. Der Wechselkurs wird festgesetzt von Männern, die einen klaren Kopf haben und deren Geschäft die internationalen Finanzen sind. Darin spiegelt sich die deutsche Zahlungsunfähigkeit wieder und der ganze Verlauf des валютengeschäftes bekräftigt die britische Ansicht, daß man von Deutschland nichts erhalten könne. Solange man ihm nicht Zeit gebe, seine innere Lage wieder heranzustellen.

### Amerikanische Arbeiterpartei

Trotz des hochentwickelten Kapitalismus, trotz der ausgeprägtesten Trusbildung, die sich auf fast alle Industriezweige erstreckt, trotz der einzigartigen Monopolstellung einzelner Konzerne (Deltrust, Fleischtrust usw.) liegt die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten noch sehr im Argen. Die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiterschaft sind zwar nicht gering an Mitgliederbestand, aber gemessen an der Bedeutung der Industrie und an der Zahl der Industriearbeiter bedeuten sie nicht einmal vier Millionen Mitglieder bei dem amerikanischen Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) angeschlossenen Verbände, doch wenig gegenüber den etwa acht Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Deutschlands oder den Mitgliederziffern der englischen Gewerkschaften. Und noch weit mehr tritt die mangelhafte Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung in Erscheinung, wenn man die politische Arbeiterbewegung in Betracht zieht. Zwar ist die Periode längst vorüber, als in Amerika die sozialistische Partei und die sozialistische Bewegung als ein ausländisches Gewächs mit einem Schein der Berechtigung bezeichnet werden konnten, weil die Mitgliedschaft fast ausschließlich aus Einwanderern, namentlich Deutschen, bestand und Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Kandidaten sich erhoben, da amerikanische Bürger bzw. Amerikaner nur in geringer Zahl zum Sozialismus offen sich bekamen. Nichtsdestoweniger muß vermerkt werden, daß die sozialistische Partei über eine Million Wählerstimmen in der Union noch nicht hinauskommen ist. Inwieweit dabei die Absplittterung der Kommunisten mitgewirkt hat, soll hier nicht erörtert werden. Welt mehr indessen fällt ins Gewicht die Haltung der American Federation of Labor bzw. ihres Vorsitzenden Gompers, der die Behandlung politischer Fragen innerhalb der Gewerkschaften verhorrezierte, gegen die sozialistische Partei und ihre Kandidaten zu Felde zog, dafür aber um so eifriger für die Kandidaten der alten politischen Parteien (Demokraten und Republikaner) Propaganda machte.

Diese Haltung der Leitung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist um so auffälliger, weil in keinem anderen Lande der Welt die Staatsgewalt und ihre Organe mit solcher Schärfe gegen die organisierte Arbeiterschaft vorgehen. Richterliche Verfügungen (Einhaltsbefehle) gegen streikende Arbeiter und namentlich gegen Streikposten sind zuerst in den Vereinigten Staaten erlassen worden, das Aufgebot vom Militär, Miliz und Polizei gegen Streikende wurde schon vor Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten Praxis. Und die Methoden des italienischen Faschismus sind ebenfalls nur Nachahmungen alter in Amerika geübter Praktiken.

Besonders scharf trat diese Stellungnahme der Staatsgewalt bei dem soeben beendeten Riesenstreik der amerikanischen Bergarbeiter wieder in Erscheinung, wie andererseits die Staatsgewalt nichts unternahm, um die faschistischen Methoden sogenannter guter Bürger gegenüber den streikenden Bergarbeitern zu hindern. Während aber bisher solche Maßnahmen nur in einem zeitweiligen Emporschwellen der sozialistischen Stimmen oder in bombastischen, von niemand ernst genommenen Deklamationen des Herrn Gompers ihren Ausdruck fanden, ist diesmal die Wirkung eine nachhaltige und, soweit sich dies beurteilen läßt, eine epochemachende. Hat sie doch zur Gründung einer Amerikanischen Arbeiterpartei geführt, der die englische Arbeiterpartei als Vorbild diente.

Vorläufig allerdings beschränkt sich die Gründung der amerikanischen Arbeiterpartei nur auf den Staat New York. Aber die gesamte amerikanische Arbeiterpresse schenkt der Sache die größte Beachtung und erbringt bereits die Zweckmäßigkeit, die Gründung einer amerikanischen Arbeiterpartei für die gesamte Union.

Vor etwa Monatsfrist traten in New York die sozialistische Partei, die Farmarbeiter- (Landarbeiter-) Partei und Vertreter einer großen Reihe von Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Kongress zusammen, um zu den Wahlen im Staate und in der Stadt New York, die im November dieses Jahres stattfinden, Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen verliefen durchaus harmonisch, und das Resultat war die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste für die Staats- und Stadtwahlen.

Auch die Frage der Aufnahme der Kommunisten in die Amerikanische Arbeiterpartei stand zur Ent-

scheidung und der Beschluß lautete ebenso, wie jener, den die englische Arbeiterpartei auf ihrem kürzlichen Jahreskongreß in Edinburgh gefaßt hat. Die Aufnahme der Kommunisten wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Kommunisten ihre Beziehungen aus Moskau bekommen und daß ihre Absicht nicht darin besteht, die Amerikanische Arbeiterpartei zu stärken, sondern nur in der Propagierung ihrer besonderen Parteizwecke innerhalb dieser Partei, und daß deshalb der Zustand der Kommunisten zu der Amerikanischen Arbeiterpartei nur eine Schwächung dieser Bewegung bedeuten wird.

Erfüllen sich die Erwartungen, die der „New York Call“ und andere sozialistische Organe an die Bildung der Amerikanischen Arbeiterpartei in New York knüpfen, so wird in den Vereinigten Staaten bald eine amerikanische Arbeiterpartei entstehen, die der politischen Arbeiterbewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt einen neuen Anstoß geben wird. Die Erfahrungen der englischen Arbeiterpartei werden ihr dabei zu statten kommen.

## Der tobende Hias

Bayern ist zwar ein Ordnungstaat, dessen Epochen sich in keiner Weise durch den Wurm der Straße beeinflussen lassen und die, sobald es sich um Arbeiterkündigungen handelt, sofort Maschinengewehre und Panzerautos aufzufahren lassen, wenn es sich aber um die tobende bayerische Volkseele der Niedbächer und ähnlicher Stammesbrüder handelt, weichen die Epochen des Ordnungstaates mutig zurück. So hatte weder die Regierung Lerchenfeld noch das Münchener Polizeipräsidium etwas dagegen einzuwenden, daß am gestrigen Mittwoch, an dem die Fraktionen und Landesausschüsse der Koalitionsparteien ihre Zustimmung zu dem Berliner Abkommen über das Gesetz zum Schutze der Republik geben sollten, die „Nationalsozialisten“ und andere Radikalguppen Kundgebungen auf den Straßen Münchens veranstalteten, um gegen das Gesetz zum Schutze der Republik Stimmung zu machen und die Vertreter der Koalitionsparteien (Schar) zu machen; diese Aufforderung zur Ungeheuerlichkeit dauerte man in München, denn es war ja diesmal nicht „die Straße“. Auch bildeten es die bayerischen Staats- und Ordnungsmänner, daß am die Mittagsstunde Deputationen der Niedbächer und so fort zum Landtag zogen und in nicht mißzuverstehender Sprache die Ablehnung des Berliner Abkommens forderten.

(D.M.) München, 18. August.

Die Lage in Bayern ist nach wie vor ungeklärt. Die Ausschüsse der Mittelpartei und der bayerischen Volkspartei sind heute getrennt zu Beratungen zusammengetreten, um zu den Abmachungen des Grafen Lerchenfeld mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die Ansichten gehen weit auseinander und es verkauert, daß in beiden Sitzungen sich harte Kämpfe abspielten. Die politische Gruppe um Herrn v. Raab arbeitet mit allen Mitteln, um für sich Propaganda zu machen und ist jetzt auf der ganzen Linie zum Angriff auf den Grafen Lerchenfeld vorgegangen, um den Sturz des Kabinetts Lerchenfeld herbeizuführen. Es machen sich jedoch Stimmen geltend, die Lerchenfeld halten wollen und die sich von einem Kabinettswechsel gerade zur heiligen Zeit nur eine Verschlimmerung der Krise versprechen.

## Eine ungeheuerliche Verhaftung

Nach der Meldung einer bürgerlichen Presseagentur ist in Stuttgart unser Genosse, Landtagsabgeordneter Schüler wegen eines Artikels über Waffenkunde, den unser Stuttgarter Parteiblatt „Der Sozialist“ veröffentlichte, verhaftet worden. Genosse Schüler ist verantwortlicher Redakteur des Blattes.

Die Verhaftung ist völlig ungeheuerlich und bedeutet eine Verletzung der Abgeordnetenimmunität.

## Fips

Ich kaufte ihn und steckte ihn in die Tasche. Zuhause stellte ich ihn auf den Tisch. Er versuchte einen Laut von sich zu geben, aber da sein Kopf größer war als der übrige Körper, so fiel er sofort um.

Damit hatte er zweierlei erreicht. Erstens bestärkte er mich in der Überzeugung, daß es sich um einen werdenden Hund handelte, denn Wille und Vorstellung des Willens waren unverkennbar, und zweitens hatte er gewonnenes Spiel. (Und ich auch. Wir waren beide nahe daran, hinausgeworfen zu werden). Meine Angehörigen lachten und beschloßen, den Mops zu behalten.

Ich nannte ihn sogleich Fips, weil mir nichts anderes einfiel, und hoffte, daß er mich nicht durch Geschlechtsveränderung während des Werdens enttäuschen würde.

Er tat es auch nicht, denn er war ein guter Hund und suchte mir von Anfang an Freude zu bereiten; die erste, als sich der Mops zu einem italienischen Zwerghundspiel entwickelte.

Für zwei Mark war ich Besitzer eines nicht ganz raffinierten aber immerhin vornehmen Tieres geworden und war stolz darauf, denn ich war jung.

Wenn man jung und als Student stets auf dem Hund ist — warum soll man da nicht auch einmal auf den richtigen Hund gekommen sein?

Der Name Fips erwies sich als nicht ganz glücklich, denn erstens war er kein Affe und zweitens hatte ich einen Freund, der in Abklärung von Philipp so hieß.

Um meinen Freund nicht zu kränken — der übrigens heute, obwohl er damals kein Stabspiel war, ein bekannter Verteidiger ist — rief ich meinen Hund in der Öffentlichkeit Philipp.

Was mir unbegreiflicherweise Unannehmlichkeiten eintrug — wie es so oft geschieht, wenn man ganz besonders hart und rücksichtslos ist.

Meine sehr fromme Tante behauptete, Philipp sei der Name eines heiligen Apostels und es sei gemein und eine Todsünde, einen Hund, der keine unsterbliche Seele besitze, so zu nennen. Als ich ihr empfahl, einfach zum heiligen Fips zu beten, da sich auch mein Freund Philipp so nennen ließe, versetzte ich ihrem heiligen Opa: Sie entsetzte mich zwar nicht, nein, sie war noch grausamer und setzte mir für zwanzig Jahre später, beginnend mit Herbst 1922, eine

Swaz ist Genosse Schüler noch am Tage seiner Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt worden, aber damit ist die Ungeheuerlichkeit seiner Festnahme nicht aus der Welt geschafft.

## Wie groß Gottes Tierreich ist

Die Sozialistische Korrespondenz schreibt: Der Oberpräsident von Pommern hat bekanntlich vor einiger Zeit die Kreiswälder Reittiere auf vier Wochen verboten, ein Verbot, das seitdem vom Minister auf 2 Wochen verlängert worden ist. Der Oberpräsident hat nun ein Schreiben von einem Torfhändler erhalten, er solle das Wiedererscheinen der Reittiere sofort gestatten, denn er müsse inserieren, daß die Torfpreise um 4 Mark heraufgesetzt seien; andernfalls sei er gezwungen, zu dem alten, durch das Steigen der Arbeitersöhne überhöhten Preise weiter zu verkaufen und werde für den dadurch entstehenden Schaden den Oberpräsidenten gerichtlich belangen. Der gute Mann in Pommern hält das offenbar für ganz unabweisbar, daß das Staatsinteresse hinter sein torfliches Geschäftsinteresse zurücktreten muß. Das Entschuldigende an der kleinen pommerschen Geschichte ist aber dies, daß der tüchtige Torfhändler ein ehemaliger Pfarrer, der Licentiat und Dr. phil. Geis in Greifswald, ist. Auch solche Gottesknechte muß es offenbar in Pommern noch geben.

## Gewerkschaften und Teuerung

Der neue Marksturz wirkt natürlich besonders fühlbar bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, deren Einkommen bei weitem nicht Schritt zu halten vermag mit der sprunghaft steigenden Teuerung. Die Gewerkschaften beschäftigen sich deshalb seit einigen Tagen mit den geeigneten Abwehrmaßnahmen gegen die Folgen des Salutarsturzes für die Arbeiter und Angestellten. Diese Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften und den Organisationen der anderen Richtungen sind am gestrigen Mittwoch nachmittag weitergeführt worden, ohne daß es jedoch bisher zu einem definitiven Ergebnis gekommen ist. Die Besprechungen sind für vertraulich erklärt worden. Die verhandelt, sollen noch in dieser Woche weitere Zusammenkünfte der maßgebenden Gewerkschaften stattfinden. Man rechnet damit, daß am Donnerstag oder am Freitag eine offizielle Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer mit den Mitgliedern der Regierung stattfinden, sobald die vorläufig noch inoffiziellen Besprechungen in der Reichskanzlei zu Ende gebracht worden sind.

Die vertraulichen Besprechungen haben zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Ufa und anderen Gewerkschaften stattgefunden. Es handelt sich zunächst darum,

eine gemeinsame Front aller Arbeitnehmervertretungen zu schaffen und aus diesem Grunde soll auch versucht werden, ein Übereinkommen mit den Organisationen der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Organisationen zu schaffen. Bei den gestrigen Verhandlungen, bildete die Grundlage der Besprechungen die möglichen Folgen des Scheiterns der Londoner Konferenz und der neue Sturz der deutschen Mark.

## Deutsch-französische Verständigung

(D.M.) Berlin, 18. August. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird, wie die „Dena“ erfährt, seit einigen Tagen ein angeblicher Plan Poincarés diskutiert, der auf eine direkte deutsch-französische Aussöhnung hinzielt. Es wird behauptet, daß seit längerer Zeit zwischen dem Finanzminister und einer großen französischen Finanzgruppe Verhandlungen stattfinden, die nicht ohne Kenntnis der deutschen und der französischen Regierung geführt werden. Im Vordergrund stehen dabei die Verhandlungen über die Deutsch-Engelburger-Werke. Man führt zum Beweise an, daß an der Börse bereits sich bedeutende Anzeichen in einzelnen Papieren von dieser direkten deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung geltend machen. Sehr viel Beachtung hat unter diesem Gesichtspunkt die gestrige Ankündigung der Stinnes gehörigen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gefunden, die in ihrer Abendausgabe wörtlich folgendes schreibt: „In den Verhältnissen zwischen Deutschland und der Orient scheint nunmehr ein neuer Abschnitt eröffnet worden zu sein; Deutschland und Frankreich stehen sich zum ersten Mal unmittelbar gegenüber, als das bisher der Fall war.“

Jahresrente von 2400 Mark aus. Sie besaß den Scherzblick der Nahe, ihr heiliger Freund scheint ihr eigens gefallen zu haben. Aber mir scheint, als könnten apostelverehrende Tanten recht teuflisch sein.

Als ich einmal Fips an der Leine führte — den Hund Fips — blieb er stehen und war nicht mehr weiterzubringen. Drohend und bittend rief ich: Spitzhube Philipp! „Was erlauben Sie sich“, brüllte mich ein Herr an.

Ich erwiderte nichts, denn ich dachte an den Apostel. Der Herr wurde noch wütender und wollte mir eine Ohrfeige geben, denn er hieß — Philipp und meinte, ich könne nur ihn gemeint haben.

Auf dem Ehrengericht klärte es sich, aber es half nichts mehr. Man lachte sich halb tot, aber wir wollten versuchen, und auch halb oder ganz tot zu schlagen, denn die Heiligkeit der gesellschaftlichen Ehre verlangte es.

Ich brachte Fips das rechte Ohrklappchen meines Gegners mit, das mir dieser nach der Versöhnung als Erinnerung überlassen hatte.

Fips beschupperte es nicht einmal. Sein Hundeverstand hielt menschliche Messuren für Eiseien.

Einige Jahre später brachte ich in letzter Stunde einen Rechtsanwalt. Ich schrieb an den Rechtsanwalt Fips, auf dessen Freundschaft ich unbedingt vertraute. Er ließ mich grüßlich sitzen. Nachdem mein Prozeß verloren war, erfuhr ich, daß unsere Jugendfreundschaft zerstört war.

Als ich einmal mit einem Bekannten sprach, hatte ein vorübergehender guter Freund folgende Worte aufgeschrieben: Fips sei trotz seines schmeicheleichen Wesens eigentlich doch ein fremdenrassiges richtiges Mävieh.

Mein Freund fühlte sich nicht persönlich gekränkt, aber daß ich antisemitische Reigungen hätte, das verzieh er mir nie.

Und mit Recht.

Dabei hatte aber mein armer Hund, dem meine verhängnisvollen scherzenden Worte gegolten hatten, sich überhaupt nie zu einer Religion bekannt, denn erstens besaß er keine unsterbliche Seele und zweitens —

Für müßt meine Tante fragen, die versteht sich darauf ganz genau. . . .

Es sind zwanzig Jahre her, seit ich für zwei Mark mir die Freundschaft erkaufte, die als einzig in meinem Leben sich bis zur letzten Probe als zuverlässig erwies.

Die enalische Taktik ist bisher immer darauf hinausgegangen, die direkte deutsch-französische Aussöhnung zu verhindern. Das ist die politische Feststellung, die sich zunächst aus der allgemeinen Lage ergibt. Diese Stellungnahme des Stinnes-Blattes wird allgemein in diplomatischen Kreisen als höchst bedeutsam angesehen. Man glaubt daraus nicht nur die Bereitschaft der Stinnes nachstehenden Kreise, sondern auch eine Belästigung der Nachrich über die Bereitschaft der deutschen Regierung, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung einzutreten, zu finden.

## Ein abgelehnter Vorschlag Belgiens

Paris, 16. August. Nach dem „Antranigean“ soll am Montag der belgische Ministerpräsident Theunis in London einen Plan vorgebracht haben, der die Zustimmung Poincarés gefunden, aber von Lord George von vorherein abgelehnt worden sei. Der belgische Ministerpräsident habe erklärt, das Geld, das Deutschland zahlen solle, müsse Belgien zu; es diene zur Deckung einer Priorität Belgiens, das noch 800 Millionen zu beanspruchen habe. Unter diesen Umständen mache er im Namen Belgiens den Vorschlag, alles im letzten Zustand zu lassen, d. h. Deutschland zur Bezahlung dessen zu zwingen, was es für 1922 in bar auszubringen habe. Aber, sagte Theunis, wir werden uns unmittelbar an Deutschland wenden und ihm erklären, es solle uns anstatt Goldmark sechs Monate wechsel geben. Das kommt darauf hinaus, daß noch ein Moratorium von einem halben Jahr gewährt wird. So sind wir zufriedengestellt und die Allerten erleiden keine Verzögerung der Zahlungen, die ihnen nach dem Zahlungsplan zustehen.

## Im November Konferenz in Brüssel

(D.P.) Mailand, 16. August. Die der „Corriere della Sera“ aus Rom erfährt, wird wahrscheinlich im November die in Brüssel stattfindende Konferenz der Allierten sich mit der gemeinsamen Reagierung der Wiedergutmachung und der interalliierten Schulden gemäß den italienischen Vorschlägen beschäftigen.

## Gefährliche Kriegsspielerei

Danzig, 16. August. Auf dem polnischen Flugplatz bei Puzhig sollten gestern abend im Rahmen eines militärischen Sportfestes Bombenabwürfe von einem Flugzeug ausgeführt werden. Ein Flieger ließ nun eine Bombe fallen, als er sich über der 800m hohen Zuschauerermenge befand. Die Bombe explodierte inmitten der Menge und tötete zehn Personen auf der Stelle. Weitere 50 Personen sind, teils schwer, teils leicht verletzt, in die Krankenhäuser von Puzhig, Keszabi, Joppot und Danzig geschafft worden.

## Strafe für verheimlichte Waffenlager

Nachdem das Entwaffnungsabkommen außer Kraft getreten war, hat sich in weiten Kreisen des Volkes die Auffassung verbreitet, daß das heimliche Aufbewahren von Waffen nicht mehr strafbar sei. Demgegenüber werden die VPM. darauf aufmerksam gemacht, daß das Gesetz zum Schutze der Republik außerordentliche strenge Strafen für den Besitz oder die Abgabe von Waffenlagern vorsieht. Nach § 7 des Gesetzes wird, wer ein bis dahin verheimlichtes Waffenlager in Eigentum oder Gewahrsam hat, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und daneben mit Geldstrafe bis zu 5 Millionen Mark bestraft. Nach § 8 wird ebenso bestraft, wer von dem Vorhandensein eines bis dahin verheimlichten Waffenlagers Kenntnis hat und es unterläßt, hiervon der Behörde unverzüglich Kenntnis zu geben.

## Kritische Lage in Oesterreich

(D.S.) Wien, 18. August. In parlamentarischen Kreisen sieht man der finanziellen Entwicklung mit besorgender Besorgnis entgegen. Mit Rücksicht darauf, daß die Indexziffer 124 erreicht hat, wird in den berufenen Kreisen Gewicht auf den Umstand gelegt, daß alle Vorbereitungen für den Finanzplan wieder an Boden verlieren. Da die Allierten einen Kredit für Oesterreich nicht bewilligt haben und der kleine Vorschlag kaum einen Einfluß auf die Finanzlage hat, dürfte der österreichische Nationalrat zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden.

Ich möchte heute keinen Hund mehr. Es käme mir wie Unhand vor.

Stieh ich im Kahn vom Ufer, mein kleiner Hund schwamm sofort nach und achtete nicht Gefahr des Ertrinkens. Einmal stürzte er sich in einen Kellerkuch, in dem er mich entdeckt hatte. Ein andermal ließ er sich überfahren, weil er mich nicht schnell genug begräßen konnte.

Nach einem Jahr Aufenthalt in der Fremde wurde ich von ihm mit so sinnloser Freude begrüßt, wie sie mir Menschen niemals auch nur andeuteten.

Und als ich zuletzt wiederkam, war er in fremde Hände gekommen. Da wußte ich erst, wie arm und heimatlos ich geworden war.

Das Leben hat kleine Barmherzigkeiten; wenn es auch im allgemeinen recht grausam ist.

Ich weiß nicht, was aus Fips geworden ist, ich weiß nur, daß Hunde nicht zwanzig Jahre alt werden.

Und wenn ich einmal recht köstlich träume, dann sehe ich meine arme, gute Mutter, die längst im Grabe der Sorge liegt, einen kleinen Hund freizehen.

Es ist etwas Wunderbares um die Jugend.

Und fast noch wunderbarer ist es, wie groß und tief die kleinen Freuden ihrer Bescheidenheit nachwirken können, wenn man älter und vorzeitig alt wird.

Die päpstliche Operzensur. Wie bereits gemeldet, hat die Indexkongregation die Werke von Anatole France auf die Liste der Bücher gesetzt, die der gläubige Katholik nicht lesen darf. In früherer Zeit waltete die Kongregation ihres Amtes nicht nur als Bücherzensor, sondern auch als Theaterzensor. Vor dem Zusammenbruch der weltlichen Macht des Papstes galten ihre Urteile als oberstes Gesetz im Kirchenstaat. Zumal die Oper war in der Gestaltung des Repertoires von ihrer Macht abhängig. So waren im Gebiet des Kirchenstaates beispielsweise Opern, wie die „Häbin“ und die „Dugentoten“ wegen ihres Stoffes streng verboten, und das gleiche Schicksal traf Gounods „Faust“ wegen der hervorragenden Rolle, die Werhite in der Oper spielt.

Andere bekannte musikalische Werke wurden erst zur Aufführung freigegeben, nachdem sie einer gründlichen Sichtung unterzogen worden waren. Als z. B. die „Favoritin“ zum ersten Mal in Rom gegeben wurde, war die Oper dahin abgeändert worden, daß der letzte Akt statt in einem Kloster in einem Hospital spielte, wobei die Mönche durch Studenten der Medizin ersetzt wurden.

Durch den neuerlichen Marksturz ist der Reallohn der Arbeiterklasse innerhalb zweier Tage um mehr als 25 Prozent gesunken.

Die Tendenz, sie überhaupt als Wert aus dem Wirtschaftslieben auszuschalten, so wie es der Krone schon ergangen ist.

Was sollen aber die tun, die sich nicht durch Einreden mit fremden Devisen gegen den Kapitalschwund wehren konnten.

Deutschvölkisches Notgeld

Kürzlich wurde in der Presse mitgeteilt, daß in einer Gemeinde Dammers Notgeldscheine zu 25, 50 und 75 Pfennig im Verkehr seien.

Der freie Deutsche ward zum Knecht, Der Jude fällt das Deutsche Recht Und gibt es seinen Erben.

Die die Schwäbische Tagewacht meldet, wurde mit diesen Notgeldscheinen auch in Württemberg Propaganda getrieben.

Gold und Silber

in europäischen Bankkellern

Die Währungs- oder richtiger auf Edelmetallreserven. Das auch der Glaube, daß ein dem geschlechtlich vorgeschriebenen Maß entsprechender Goldvorrat in den Bankkellern hinreichende Sicherheit gegen einen Währungssturz gebe.

Table with 3 columns: Country, Gold, Silver, Total. Includes Great Britain, France, Germany, Spain, Italy, Netherlands, Belgium, Switzerland, Sweden, Denmark, Norway.

Nicht eingerechnet ist beim Goldbeleg der Bank von Frankreich die Summe von 77 694 000 Pfd. Sterl., die das Institut außerhalb des Landes unterhält.

Der deutsche Botschafter in Urlaub

(D.L.) Paris, 16. August. In hiesigen diplomatischen Kreisen erregt die Tatsache großes Aufsehen, daß der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, trotz der augenblicklich sehr kritischen Lage sich immer noch auf Urlaub in seiner sehr trüblichen Heimat befindet.

Hamburgs Seeschiffsverkehr auf den Friedensstand angekommen

Der Hamburger Seeschiffsverkehr hat im Mai einen Umfang angenommen, der selbst die kühnsten Erwartungen übertraffen hat. In diesem Monat sind nicht nur die Kriegsschiffe erreicht, sondern diese — an Hand der Tonnage gemessen — sogar noch überschritten worden.

Auch ein Ehrhardt-Freund

Im Zusammenhange mit den Presseveröffentlichungen über die Ehrhardt-Großbank wurde von der Postzeitung mitgeteilt, daß als Leiter dieser Organisation C. Vank ein Hauptmann a. D. von Puttkamer und als Direktor ein Herr Emil Schäfer

fungieren. Diese Herren stehen in engster Fühlungnahme mit ungarischen Kreisen, besonders mit Budapest durch den ehemaligen Budapest-Postzeitschriften-Verleger Bela von Gabor.

Ausgang aus einem Briefe vom 12. Mai 1921 an den Konsul Reiskin, Pressechef des Ministeriums des Innern in Budapest:

Ich kann Sie, sehr geehrter Herr Konsul, nur noch einmal versichern, daß ich mit der vollen Ueberzeugung aus Ungarn abreise, daß dieses Land dank seiner einzigartigen Ordnung und besorgten Regierung am allerersten wieder in jeder Hinsicht zu vorkrieglichen Verhältnissen gelangt.

Ein Brief:

Berlin, den 12. Mai 1921.

Seine Excellenz Herrn Dr. Roland von Geadhänschl, vna. Finanzminister

Budapest.

Euer Excellenz Lebenswürdiges Schreiben vom 2. 5. 21 wurde mir nach meiner künftigen Berliner Adresse nachgeschickt und fand ich daselbe bei meiner Ankunft vor.

Es freut mich, daß ich in meinem ersten Budapest-Brief nur meine innerliche Ueberzeugung an Papier bringen durfte, und ich werde nicht verfehlen, in der gesamten mir zur Verfügung stehenden Presse auf die rasche Konsolidierung Ungarns und besonders auf die außerordentlichen Verdienste Ew. Excellenz hinzuweisen.

Als dann und bis ich in der Lage bin, Ew. Excellenz die ersten Abdrücke sowie positive Mittellungen zu übersenden, ersuche ich mich Ew. Excellenz

mit vorzähliger Hochachtung Ihr ergebener acs. Schäfer.

Aus einem Schreiben vom 12. Mai 1921 an Herrn Karl Graf, Buchdrucker, Bülach (Schweiz) Kanton Zürich:

Und nun zu einer wichtigen Sache. Ich konnte Dir unmöglich alles schreiben und ich kann es auch heute nicht tun.

Besonders zu begrüßen ist, daß auch der Anteil der deutschen Flagg an diesem Schiffverkehr beträchtlich geworden ist. Denn jede Tonne, die wieder von deutschen Schiffen befördert wird, bedeutet einen Abbau jenes Fremdenverkehrs, den wir der ausländischen Schifffahrt zahlen müssen.

Internationale Landarbeitererlagung

Wien, 15. August. Heute nachmittags wurde der zweite Kongreß der Internationalen Landarbeiter-Assoziation eröffnet. Folgende Staaten sind vertreten: Holland, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Dänemark, England, Schweiz, Ungarn, Italien, Frankreich, Schweden und Dänemark.

Vom unruhigen Balkan

(D.L.) Belgrad, 16. August. Nach Meldungen jugoslawischer Zeitungen nimmt in Bulgarien die Agitation gegen Mazedonien mehr und mehr zu. Die hiesige „Tribuna“ veröffentlicht Informationen aus Sofia, nach denen das bekannte „Renovationskomitee“ große Scharen bulgarischer Komitatstschis an die serbisch-bulgarische Grenze schaffen läßt.

Landarbeiterstreik in Oberbarnim und technische Rothhilfe. Der kommunistische Landarbeiterstreik in Oberbarnim erstreckt sich jetzt auf 35 Güter und 2 Dörfer. Zur Abwehr von Grenzschäden und zur Verhütung von Viehverlusten waren, wie die P. P. N. hören, bis Mittwoch morgen 250 Rothhelfer eingesetzt.

Ende des Eisenbahnerstreiks in Amerika. Die Anzestellen der Eisenbahn haben beschlossen, am Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Russische Monarchistenkonferenz. In der zweiten Hälfte des August findet in Wiesbaden eine Konferenz der russischen

Monarchisten statt. Offiziell soll auf dieser Konferenz nur die Frage behandelt werden, welche Ausschüsse die russische monarchistische Bewegung im Zusammenhang mit dem jüngsten Manifest des Großfürsten April, der sich als rechtmäßiger Kronprinz betitelt hat.

Der neue Regierungspräsident für Steffin. Zum Regierungspräsidenten in Steffin ist nachdem der ursprünglich in Aussicht genommene Oberregierungsrat Moritz Wagnburg, die Annahme des Postens abgelehnt hat, der frühere Oberbürgermeister von Wiesbaden, Dr. Wilhelm Bläßing, der seinerzeit von den Franzosen aus Wiesbaden ausgewiesen worden ist.

Karl Rabel geht ins Ausland? Der „Matin“ berichtet, daß Rabel nach Beendigung des Kommunistenkongresses in Moskau in einer wichtigen Mission, die mit der russischen Propaganda zusammenhänge, die Staaten Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika besuchen werde.

Der Wahlkampf in Polen. Der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Die Rechts-Parteien haben starke Agitation unter der Führung von Korsantj entfaltet. Der Führer der Polnischen Volkspartei Jan Stajinski erläßt einen Aufruf, in welchem er zur Gründung eines Volksparteibündes gegen den Rechtsblock auffordert.

Kommunistische Konsequenz. Nach dem „Vorwärts“ hat der Kommunistenführer Frey Hockert in einer Versammlung in Halle zum Todesurteil gegen die Sozialrevolutionäre folgendes ausgeführt: „In Russland gibt es ein proletarisches Klassenrecht.“

Ein deutsch-russischer Handelsvertrag. (D.L.) Moskau, 16. August. Im Kommisariat für Außenhandel haben gestern vorbereitende Beratungen über die Ausarbeitung eines neuen deutsch-russischen Handelsvertrages begonnen.

Feuersbrunst durch Nichtschloß. Während eines heftigen Unwetters schlug am 15. d. Mts. in den frühen Morgenstunden der Blitz in einen Schuppen der Maschinenfabrik Heinrich Lang & Co. in Mannheim ein.

Der Direktor der Ehrhardt-Bank ist übrigens ein ganz besonderer Ehrenmann. Sein Name, Emil, Otto, Friedrich Schäfer aus Birnmaien in Bayern, geb. 9. 5. 1800, ist bereits in den

„Es sei Emil Schäfer schuldig zu befinden des fortgesetzten qualifizierten Betruges gem. §§ 221, 226a und § 227 R. St. G. und von daher zu bestrafen mit 2 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Verbau des Verweilens.“

„Es traibt sich also nur Gendarm, daß hier gerichtet wurde. Irrealität ist lediglich, ob wir es mit einem einfachen oder qualifizierten Betruges an tun haben.“

„Monarchisten statt. Offiziell soll auf dieser Konferenz nur die Frage behandelt werden, welche Ausschüsse die russische monarchistische Bewegung im Zusammenhang mit dem jüngsten Manifest des Großfürsten April, der sich als rechtmäßiger Kronprinz betitelt hat.“

„Der neue Regierungspräsident für Steffin. Zum Regierungspräsidenten in Steffin ist nachdem der ursprünglich in Aussicht genommene Oberregierungsrat Moritz Wagnburg, die Annahme des Postens abgelehnt hat, der frühere Oberbürgermeister von Wiesbaden, Dr. Wilhelm Bläßing, der seinerzeit von den Franzosen aus Wiesbaden ausgewiesen worden ist.“

„Karl Rabel geht ins Ausland? Der „Matin“ berichtet, daß Rabel nach Beendigung des Kommunistenkongresses in Moskau in einer wichtigen Mission, die mit der russischen Propaganda zusammenhänge, die Staaten Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika besuchen werde.“

„Der Wahlkampf in Polen. Der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Die Rechts-Parteien haben starke Agitation unter der Führung von Korsantj entfaltet.“

„Kommunistische Konsequenz. Nach dem „Vorwärts“ hat der Kommunistenführer Frey Hockert in einer Versammlung in Halle zum Todesurteil gegen die Sozialrevolutionäre folgendes ausgeführt: „In Russland gibt es ein proletarisches Klassenrecht.“

„Ein deutsch-russischer Handelsvertrag. (D.L.) Moskau, 16. August. Im Kommisariat für Außenhandel haben gestern vorbereitende Beratungen über die Ausarbeitung eines neuen deutsch-russischen Handelsvertrages begonnen.“

„Feuersbrunst durch Nichtschloß. Während eines heftigen Unwetters schlug am 15. d. Mts. in den frühen Morgenstunden der Blitz in einen Schuppen der Maschinenfabrik Heinrich Lang & Co. in Mannheim ein.“

„Der Direktor der Ehrhardt-Bank ist übrigens ein ganz besonderer Ehrenmann. Sein Name, Emil, Otto, Friedrich Schäfer aus Birnmaien in Bayern, geb. 9. 5. 1800, ist bereits in den

„Es sei Emil Schäfer schuldig zu befinden des fortgesetzten qualifizierten Betruges gem. §§ 221, 226a und § 227 R. St. G. und von daher zu bestrafen mit 2 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Verbau des Verweilens.“

„Es traibt sich also nur Gendarm, daß hier gerichtet wurde. Irrealität ist lediglich, ob wir es mit einem einfachen oder qualifizierten Betruges an tun haben.“

„Monarchisten statt. Offiziell soll auf dieser Konferenz nur die Frage behandelt werden, welche Ausschüsse die russische monarchistische Bewegung im Zusammenhang mit dem jüngsten Manifest des Großfürsten April, der sich als rechtmäßiger Kronprinz betitelt hat.“

„Der neue Regierungspräsident für Steffin. Zum Regierungspräsidenten in Steffin ist nachdem der ursprünglich in Aussicht genommene Oberregierungsrat Moritz Wagnburg, die Annahme des Postens abgelehnt hat, der frühere Oberbürgermeister von Wiesbaden, Dr. Wilhelm Bläßing, der seinerzeit von den Franzosen aus Wiesbaden ausgewiesen worden ist.“

„Karl Rabel geht ins Ausland? Der „Matin“ berichtet, daß Rabel nach Beendigung des Kommunistenkongresses in Moskau in einer wichtigen Mission, die mit der russischen Propaganda zusammenhänge, die Staaten Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika besuchen werde.“

„Der Wahlkampf in Polen. Der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Die Rechts-Parteien haben starke Agitation unter der Führung von Korsantj entfaltet.“



# Der Kampf um die Wohnung

II.

Aus all dem Angeführten geht hervor, daß die Stadt Berlin aus eigenen Mitteln den Wohnungsmarkt nicht beeinflussen kann, daß einzig und allein der Wohnungsnot gesteuert werden kann durch Neubauten, durch Maßnahmen des Reiches und der Länder, sei es im Flach- oder im Hochbau.

Es soll die Frage der Zweckmäßigkeit des Hoch- und Flachbaues hier ununtersucht bleiben, jedoch muß die Frage der Möglichkeit des Bauens geprüft werden. Fort mit den Mietkasernen und Hinterhäusern und Schaffung gut durchlüfteter und einander Wohnungen, nur Rand- und Ringbebauung. Die wirtschaftlichen Räte (teure Kohlen usw.) zwingen geradezu zu einer anderen Bauweise überzugehen. Dies muß sich der Wille zur Gemeinschaft durchbringen und egoistische Motive zurückgeschickt werden. Die Wohnungsgemeinschaft im Einfamilienhaus unter produktiver Einreichung der Altentlohnere wäre zu fordern.

Betrachtet man die Gesehungskosten für ein Wohnhäuschen einfacher Ausführung, aus Schlackensteinen errichtet mit 33 Quadratmeter Wohnraum und 500 Quadratmeter Gartenfläche, so ergibt sich zurzeit eine Summe von rund 350 000,— Mark.

Legt man dieser Fläche von 33 Quadratmeter einer Wohnung im Hochbau errichtet zu Grunde, so kommt man zurzeit auf die Gesehungskosten von 550 000,— Mark.

Um den finanziellen Schwierigkeiten, die den Bau neuer Wohnungen schwebeligen, zu begegnen, ist die Stadt dazu übergegangen, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Siedlungsamt, der Landesversicherungsanstalt, dem städtischen Pfandbriefamt und der deutschen Giro-Zentrale zu bilden. Diese Arbeitsgemeinschaft soll die beiden Hauptschwierigkeiten überwinden, die in der Beschaffung des Bauaustandes und der Beschaffung angemessener Hypotheken liegen. In diesem Jahre werden 2500 Wohnungen neu hergestellt. Bei dem Stand der Valuta und der enormen Geldknappheit ist es einfach unmöglich gewesen, Hypotheken zu beschaffen, da für Bankgelder bis zu 20 Prozent verlangt wurden. Die Arbeitsgemeinschaft ermöglicht die Herausgabe von Baugeldern zu dem verhältnismäßig billigen Zinsfuß von 7 1/2 Prozent. Zeit man diesen Zinsfuß den vorher angeführten erforderlichen Summen zugrunde, und rechnet man noch 3 1/2 Prozent für Wasser- und sonstige Abgaben hinzu, so kommt man auf einen Zinsendienst von 10 Prozent, was einer jährlichen Miete für ein Wohnhäuschen von 35 000 M. und für eine Wohnung im Hochbau von 55 000 M. entspricht. Derartige Mieten unter den heutigen Verhältnissen anzubringen, ist kein Witz in der Lage.

Wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, ist es der privaten Initiative heute nicht möglich, aktiv auf den Wohnungsmarkt einzuwirken, und da wird der Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen dauernd das Wort geredet, ohne auch nur ein einziges Mal die Frage aufzuwerfen, wo nimmt die Bevölkerung die Mittel her! oder erlaubt man daß derartige Mieten bezahlt werden können ohne Beunruhigung des Wirtschaftslebens? Man würde sich auch heute nicht scheuen, die Bauwirtschaft in der Industrie lahm zu legen, wenn die Löhne der Bauhandwerker nicht im Einklang mit den in der Industrie gezahlten stehen.

Nun ist Mai 1921 ein Geleß verabschiedet worden über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Hieraus sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um durch Bauauschüsse den sogenannten unrentierlichen Bauaufwand der neuen Bauten (d. h. den nicht durch Mietanforderungen veranlassenden Teil des Gesamtaufwands) zu decken.

Wie aus den obengenannten Zahlen ersichtlich ist, muß der unrentierliche Bauaufwand zurzeit sehr hoch sein, und muß die Forderung gestellt werden, daß öffentlich rechtliche Körperschaften (Reich, Staat und Gemeinden) Bürgschaften für weitgehende Leistungen übernehmen, bis 80 oder 90

Prozent der Gesamtaufkosten. An einem Beispiel soll gezeigt werden, in welcher Weise man unter den heutigen Verhältnissen bauen könnte.

Die Stadtgemeinde Berlin errichtet eine Siedlung in der Innerecke und sollen hier vor allen Dingen Lungenkranke und Schwerkriegsbeschädigte untergebracht werden. Um dies zu ermöglichen, soll die gesamte Siedlung einer G. m. b. H. im Erbbaurecht übergeben werden. Die Kosten für eine Wohnung einschließlich Grund und Boden stellen sich jeinerzeit auf M. 135 000,—, und soll eine 1. Hypothek in Höhe von M. 10 000,— aufgenommen werden. Die Restsumme (Gemeindeanleihen, Landesdarlehen) bildet den vorher erwähnten unrentierlichen Bauaufwand und können ev. später hierfür aufgebrauchte Zinsen wieder dem Wohnungsbau zugerechnet werden. Die 1. Hypothek von der Arbeitsgemeinschaft, mit 7 1/2 Proz. zur Verfügung gestellt, ergibt einen jährlichen Mietpreis von M. 2000,—. Hierzu kommen noch die Unterhaltungskosten, ferner Gas-, Wasser- und dergl. in Höhe von ca. M. 800,—, so daß also eine jährliche Mietsumme von M. 2800,— anzubringen ist. Diese Mietsumme entspricht der etwa zu zahlenden nach dem Reichsmietengesetz.

Die Mittel für den unrentierlichen Bauaufwand sollen aus dem Geleß über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues gestellt werden, und wird es nur möglich sein zu bauen durch Erhöhung der heutigen Wohnungsbauabgabe, wenn nicht der Wirtschaftskörper ganz außerordentlichen Belastung unterworfen werden soll. Das wird aber der Mehrheit der Mieter nicht so leicht zuemutet werden können, da bei den heutigen Lebensverhältnissen die Sorge um das tägliche Brot alles andernorts, aber es muß diese Frage in den Vordergrund gerückt werden „Freie Wohnungswirtschaft.“ (Erfahrung auf dem Lebensmittelmärkte hat man ja zur Genüge) oder Zwangswirtschaft mit der Möglichkeit, durch gemeinschaftliche Beschaffung von Mitteln neuen Wohnraum zu erhalten. Es müssen die im Besitz von Wohnraum befindlichen, in ihrem eigenen Interesse helfen, Wohnraum zu bauen. Da auch für sie die Gefahr der Wohnungslosigkeit immer größer wird. Es werden sich dann auch noch Schwierigkeiten zum Bau ergeben. Gebaut wird ja heute auch, d. h. Villen und Industriebauten. Man beachte die Baukostenpreise und die Schwierigkeit der Beschaffung von Materialien. Zement ist Ausnahmeware und nur unter Schwierigkeiten vom Ausland zu erhalten.

Auch das Reichsmietengesetz muß in diesem Zusammenhang betrachtet werden, welches eine enorme Belastung der arbeitenden Bevölkerung darstellt. Die dort aufgeführten Mittel werden kaum dazu anreichen, die bauliche Substanz, die durch die private Wirtschaft in einer unerhörten Weise vernachlässigt worden ist, zu erhalten.

Die hier angeführten Betrachtungen beweisen, daß die Privatwirtschaft nicht in der Lage ist, helfen einzurufen, und daß der Standpunkt der Vertreter der Gemeinwirtschaft in der Sozialreformkommission der einzig richtige war, nämlich: Umwälzung der Aufhebung der Höchstmietpreise und Zwangswirtschaft für Wohnraum und daß eine endgültige Lösung nur in einer Sozialisierung durch Ueberführung aller ganz oder teilweise zu Wohn- und Gewerbezwecken vermittelten Gebäude in das Eigentum des Reiches oder der Gemeinde (ev. unter Einziehung von Mietergenossenschaften) zu suchen ist.

## Die Erhöhung der Mieten

Der Magistrat Berlin ist dem Beschluß des Ausschusses für Wohnungswesen über den vom 1. Oktober d. J. zu erhebenden Zuschlag zur Wohnungsmiete beigetreten. Danach werden die Zuschläge zu der Friedensmiete des Jahres betragen, d. h. also, wer einen Friedensmiete von 100 Mark zahlte, hat dann 450 Mark zu zahlen und wer 1000 Mark zahlte: 4500 Mark.

# Gerüstesturz auf dem Anhalter Bahnhof

10 Tote und 2 Schwerverletzte

Auf dem Anhalter Bahnhof werden seit einigen Wochen an dem Dach der großen Halle von der Malerfirma Benzina & Schart, Sedanstr. 1, Instandsetzungsarbeiten ausgeführt. In diesem Zwecke ist in der Innendalle ein Gerüst angebracht, und zwar in einer Höhe von etwa 25 Metern über dem Bahnsteig B. Als gestern vormittag gegen 11 Uhr die an der Instandsetzung des Bahnhofsdaches beschäftigten Arbeiter zur Einnahme ihres Frühstückes das Gerüst verlassen wollten und zu zwölfen auf einer quer gelegten „Scholle“ standen, brach das Gerüst und die Arbeiter stürzten mit dem Gerüstteil auf den zur Fahrt nach Wittenberg bereitstehenden Personenzug. Die Angstschreie der Stürzenden (der Schwerverletzten) erschütterten die Luft. Glücklicherweise befanden sich auf dem Bahnsteig, auf dem die Arbeiter und das Hängegerüst abstürzten, keine Passagiere. Unter dem Publikum, das gestern, als einen der stärksten Reisetage dieses Sommers, den Bahnhof dicht füllte, entsand eine gefährliche Panik. Eisenbahnbedienstete waren sofort zur Hilfeleistung zur Stelle, sahen aber sehr bald bei den meisten der abgestürzten Arbeiter jede Hilfe zu spät kommen. Bereits 10 Minuten nach dem verhängnisvollen Gerüstesturz war die Feuerwehr zur Stelle und wenige Minuten später trafen die Autos des Rettungsdienstes Groß-Berlin ein und brachten die Verunglückten in das Urban- und Elisabeth-Krankenhaus. Fünf der Arbeiter waren sofort tot, weitere fünf starben auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Körper der auf dem Schiffsfeld der Arbeit Gebliebenen waren in der fürchterlichsten Weise zergerichtet.

Sowohl bisher zur Schuldfrage Feststellungen gemacht werden konnten, scheint die Gerüstfirma in sträflicher Leichtsinnigkeit an dem Hängegerüst einen angebrochenen S-Haken verwandt zu haben. Es wurde festgestellt, daß ein Haken, der durchbrochen ist, eine alte verrostete Bruchstelle trägt.

Die Namen der Verunglückten lauten, soweit uns bisher Nachrichten vorliegen:

Schmidt, Diezicki, Klinkerfuß, Heinze, Bed, Jankowski, Pokorinski, Henschel, Bernike, Günske, Bürger.

Zur Zeit des Unglücksfalles befanden sich auf dem Gerüst insgesamt 23 Arbeiter. Einem Teil der Maler gelang es jedoch, sich auf ein Nachbargerüst zu retten.

## Erlebnis

Wenn man in eine Behörde geht, so ist das kein Spaß. Sondern es ist eine staatsbürgerliche Notwendigkeit. Manchmal in u h man schon persönlich die Begehungen aufnehmen.

Neulich machte ich auch. Ich fand mich also (nach langem Suchen) in irgendeiner Amtsstube wieder. Er erklärte sich für nicht zuständig. Natürlich war sie nicht zuständig wie sollte sie auch.

Ich kam zur nächsten Instanz. Sie war... (siehe oben). Ich besand mich in einem dritten Amtsfäß wieder. Dort war man... (siehe oben). Man sagte mir, Nummer vier sei die richtige Stelle.

Ich kam zu Nummer vier und sagte: ich käme von Nummer eins bzw. Nummer zwei bzw. Nummer drei und hätte erfahren, Nummer vier sei die richtige Stelle.

Der „Zuständige“ von Nummer vier: „Nein, wir sind nicht zuständig, Sie müssen zu Nummer drei retour“.

Ich sagte nichts. Denn ich war sprachlos. Trotzdem Nummer vier: „Wollen Sie mich vielleicht lägen kranken?!“

Nein, das wollte ich nicht. Denn das wäre Beamten-

# Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(21. Fortsetzung.)

Denn die Jugend dieser drei Orte lag jahraus, jahrein in heftiger Fehde. Kleine Plänkereien fanden immer zwischen ihnen statt, dann, wenn der eine oder andere der kriegerischen Subenschaft nach dem einen oder anderen dieser Dörfer zu irgendeiner Beforgung gehen mußte. Das war nicht selten höchst gefährlich. Und es gehörte viel List und Verschlagenheit manchmal dazu, wieder mit heiler Haut aus dem betreffenden Dörfe herauszukommen. Nicht selten gab's blutige Kämpfe, und fast immer zerrissene Kleider. Die Eulenmüllerbuben wohnten nun nach Sorgenloß zu, und wenn man richtigen Horn gegen sie hatte, behandelte man sie als Dornröschen. Sie hatten schließlich kein anderes Mittel mehr, sich zu erwehren, als jedesmal ihren großen Bernhardiner mit ins Dorf zu bringen. Auch wenn sie in die Kirche gingen. Dann lag der Bernhardiner, ein wundervolles Tier, jedesmal auf der hohen Freitreppe der Kirche und erwartete den Gottesdienst lang seine jungen Herren. Die Schlächten fanden jedesmal nach dem Nachmittags-gottesdienste, nach genau besprochenen Plänen, wozu die sechs Werkeltage der Woche genügend Muße ließen, von den letzten Häusern der Pariser Straße an statt. Manchmal wurden geschickte Umgehungen durch Feld, richtige Ueberfälle aus Gräben und Busch, Abschneidungen und Einzingelegungen ausgeführt. Da die Eulenmüllerbuben in ihrer Mühle Säbener und Säbel, Gewehr und Trommel und ein breites Spielfeld in Acker und Wiesen, Bach und Rain hatten, so ergab es sich, daß sie auch von Zeit zu Zeit Partagänger unter den Dorfbuben fanden, die darauf reflektierten, zum Dank dafür ein richtiges und tüchtiges Indianer- oder Soldatenspiel mit ihnen in der Eulenmühle spielen zu dürfen. Und das geschah denn meist auch. Ja, selbst die Marktentenderin in Gestalt der Eulenmüllerin blieb dann nicht aus. Am Ende der großen Schlächten — Lohn den Siegern, Trost den Gefangenen und Besiegten — teilte sie große, dickgeschmierte Butterbrote aus und stellte einen ganzen

Korb voll Kapsel hin, an dem sich die feindlichen Heere tüchtig wagen\*) wieder versöhnen konnten, bis der sinkende Abend die Dorfbuben zum Heimzug ins Dorf mahnte.

Der Philipp war den beiden Eulenmüllerbuben, die in seinem Alter waren, einmal beigeprungen, da sie ganz allein — und auch ohne den Hund — sich gegen eine Ueberzahl vergebens verteidigten. Er half sie herauszuholen und machte ihnen den Weg frei. Es gab dabei ein Loch in den Kopf, aber das schadete nichts. Es wurde an der Selz ausgewaschen und mit einem Sacktuch verbunden. Es war auch nicht weiter schlimm. Aber das Blut hatte die Freundschaft besiegelt. Von nun an war der Philipp mit den Eulenmüllerbuben immer beisammen. Wenn er eine freie Stunde fand, hinaus in die Eulenmühle. Da draußen in den Bäumen ließ er manchen Hosenfetzen hängen, aber die schönsten seiner Gefühle erwachten ihm da auch. Die Freundschaft, dann der Mut in Kampf und Gefahr. Denn ohne Kämpfe ging's da draußen nicht ab. Als Indianer, als Wilderer, in Spiel und manchmal sogar in Ernst, betätigten sie sich da draußen. Und immer war eine Gefahr dabei. Ein Sprung, ein Schuß, ein Erklammern eines Baumes, eine Bag-halsigkeit, zu der sie einander aneifernten. Was galt ein Lob, wenn etwas gelungen war! Eine Welt. Und ein Tadel: den Untergang Roms. Was für Pläne schmiedeten sie zusammen. Die ganze Landschaft wollten sie umgestalten. Die Selz wollten sie ableiten und für größere Röhre fahrbar machen. Nachdem der Philipp bei einer Fahrt mit der Waschbütte beinahe ertrunken war, bauten sie ein Kloß und besahnen damit den Bach. Heiliger Eifer! Wie glühten die Augen, wie sprang das Wort, wie strastten sich die Muskeln! Und nach jedem Mißlingen immer wieder einen Rat — und nach jedem gescheiterten Plane ein neues Projekt. Und die Freiheit! Kein Mensch, der hineinredete. Nur der Feldkätz höchstens war zu vermeiden — sonst waren sie freie Herren! Herren, wie lästeten sie das! Die ganze Welt sich gegenüber. Und in einer Handbewegung der Entschluß über die Geschichte einer ganzen Welt. Größe des Freiheits- und

\*) mit vollen Boden essen.

Kraftgefühls, Subenheroismus, Instinkte der Männlichkeit. Ein Glück! Ein wunderbares Glück, das das Leben nur einmal so mit vollen Händen spendet. Alles Fülle. Alles ins Volle. Alles Stärke, Kraft, Größe. Tiraden der großen Worte — und doch ein starkes Gefühl dahinter. Vertrauen, Wollen, Glaube an Erfolg und Sieg. Dazu die freie Natur — die Verachtung der engen Gassen des Dorfes, der zusammengesperrten Häuser. Ausdehnung, Weite und Breite.

Da die breiten Flächen der Wiesen, das glitzernde Silberband des Baches. Die alten, hohlen Weidenbäume mit dem verwirrten Haar, die hohen Pappeln mit den flüsternden Blättern und die Erken mit den seltsam gefornnten Kronen: da wie ein breiter Adlerhorst, dort wie eine Kaiserkrone, und die an der Ede, wo der Eulenmühlweg abbog, mit den breiten Keilen oben nach dünnbäumtem Stamm, die wie ein Schirm gespannt waren. Wie fein die Rebel ihre Gewänder um die Eulenmühle zogen, wie hell die Sonne über ihr stand! Im Herbst an den Nebenhängen die Winzerlust, im Winter die weite Eisfläche, über die man hin-slog — im Fluge, rasch wie ein Vogel, leicht wie ein Reh.

Dazu all die Geheimnisse der Mühle. Wohin man nur kriechen konnte, froh man. Spitz- und Gespenstergeschichten. Und dazu das nie ruhende Werk, das sich bewegte, ohne daß man sehen konnte, wo die Kraft war, die es bewegte, denn das große Wasserrad war dranhin vor dem Hause.

Die Hauptgeschichte der Mühle: Ein früherer Müller übte allzu sehr das „Joppen“. Wenn er mahlte, nahm er einen zu großen Anteil für sich. Ein Bauer wollte sich das nicht gefallen lassen. Der Müller behauptete, er habe dem Bauern gegeben, was ihm zukomme. Aber der Bauer forderie mehr. Sie gerieten in Streit. Und der Müller warf den Bauern oben vom Mahlkasten aus, wo das seine Mehl gemahlen wurde, über die Stufen mit solcher Gewalt, daß er das Genick brach und tot unten ins Wasser fiel, an der Stelle, wo man das Wasserrad und das Wehr von innen regulieren konnte. Man glaubte an einen Unglücksfall, und der Müller ging strafflos aus.

(Fortsetzung folgt.)

Befeldiana, und in solchen Dingen verstehen die Gerichte keinen Esch.

Ich ging schweigend von dannen. Mir fiel ein Passus aus der Begründung eines richterlichen Urteils ein: „... der Beamte ist heute nicht mehr der Diener eines Monarchen, sondern der Volksgemeinschaft.“

Na, also! Daher die beamtenhafte Höflichkeit...! Mirakel.

### Republikanische Kleinigkeiten

Anlässlich des Verfassungstages war angeordnet, daß öffentliche Gebäude zu flaggen haben. In den vielen, die dieser Forderung nicht nachkamen, gehörte auch der Direktor der Hohenzollernschule in Berlin-Schöneberg. Er steht wahrscheinlich auf dem Standpunkte, daß es sich mit dem „Haken und Kreuz“ Namen dieser Schule nicht verträgt, daß republikanische Farben über ihr wehen. Im übrigen wäre es gut, sich mit dem Direktor wegen der geschilderten Tatsachen etwas näher zu besprechen, und das um so mehr, als er bei ähnlichen Anlässen schon bereits in unangenehmer Weise aufgefallen ist. Statt der Entlassung von republikanischen Junglehrern wäre es viel angebrachter, die monarchistisch-verfälschten alten Herren in „wohlverdienter“ Weise zu pensionieren.

Wir haben auch neue Reichsadler, die Verwendung auf behördlichen Schriftstücken finden sollen. Die Geheimkanzlei des Reichspostministeriums scheint das noch nicht zu wissen. Täglich verwendet sie ihre Korrespondenz an die Zeitungen und täglich tragen diese Mitteilungen in Reindruck den alten Ruden mit Kaiserkrone usw. Befürchtet die Geheimkanzlei des Reichspostministeriums vielleicht, daß durch Anschaffung eines Druckstodes mit dem neuen Reichsadler der Bankrott Deutschlands vollkommen wird? Oder fürchten die Geheimräte durch das neue Wappentier auf der Korrespondenz für ihren ruhigen Schlaf?

### Krankenpflegeausbildung

Zum 1. Oktober beginnen erneut Ausbildungskurse für Krankenpfleger und Schwestern. Die Bedingungen, unter denen Schüler bzw. Schülerinnen einstellt werden, sind folgende:

2 Jahre Ausbildung, die durch eine Staatsprüfung abgeschlossen wird. Während der Ausbildungsdauer erhalten Schüler bzw. Schülerinnen freie Verpflegung und Unterkunft, Dienstkleidung und eine Vorkursausbildung von 250 M. monatlich. Eine zeitensprechende Erhöhung des Barlohnes ist beantragt und dürfte demnächst erfolgen. Bewerber (innen) müssen am Tage des Unterrichtsbegins mindestens 18 Jahre alt sein.

Gesuche sind zu richten an die städtischen Krankenhäuser am Friedrichshain, Moabit, Rudolf-Virchow-Krankenhaus, Behring, Wilmersdorf, Augusta-Viktoria-Krankenhaus, Schöneberg, Neufölln-Buckow, Spandau, Pantow und Reinickendorf. Den Vorkurs erhalten bei ausübenden Geburtshelfern, ärztlichen Gesundheitsratern und Jungärztinnen, ausführlicher Lebenslauf, Führungszeugnis der Ortsbehörde und Zeugnis aus bisherigen Stellungen.

Empfehlenswert für Interessenten ist infolge der kurzen Zeit bis zum Unterrichtsanfang die alsbaldige Einreichung der Gesuche.

### Jugendweibe der Arbeiterbildungsschule der USPD.

Der Vorbereitungsunterricht für Moabit und Charlottenburg, Querstraße 33, Sonnabends von 3-5 Uhr statt, Lottentura Querstraße 33, Sonnabends von 3-5 Uhr statt.

**Kundgebung der Laubentkolonisten.** Die Großberliner Laubentkolonisten werden am Donnerstag, den 21. August, nachmittags 6 Uhr, auf dem Neuen Markt am Linderdenkmal eine große Kundgebung mit ihren Vereinen, Frauen und Platzen veranstalten. Zweck der Kundgebung ist gegen den drohenden Verlust von Laubentgelände zu protestieren. Auch alle Freunde der Sache, die kein eigenes Gartenland haben, werden zur Beteiligung aufgerufen. Die Intassen von Laubentkolonien werden von Sammelstellen aus sich in geschlossenen Zügen nach dem Neuen Markt bewegen, der wohl die Zahl der Kolonisten kaum fassen wird. Von der Plattform des Denkmals herab werden Anträge abgeben.

**Ausbildung von Arbeiterinnen für den Bürohilfsdienst.** Für Kriegervitwen, welche über eine ausreichende Vorbildung besonders bezüglich der Schrift- und Sprachgewandtheit verfügen, besteht nach einer Mitteilung der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin die Möglichkeit, in den städtischen Vorkursbildungsschulen für Frauen und Mädchen für den Bürohilfsdienst in Vorkursen für Maschinenschreiben, Stenographie, Deutsch, Rechnen, Buchführung, Handelskorrespondenz ausgebildet zu werden. Die näheren Bestimmungen sind im Rathaus Neukölln, 1. Treppe, im Ausschussschreiben zu ersehen. Geeignete Kriegervitwen, welche sich ausbilden lassen wollen, können sich zur Notierung bis 23. August 1922 im Rathaus, 1. Treppe, Zimmer Nr. 191, beim Stadtoberinspektor Dieb melden.

**Reisebroschüre nach Russland.** Das Deutsche Rote Kreuz teilt uns mit: Der Verband der Russen-Lebensmittelware nach Russland hat in der letzten Zeit einen ständig wachsenden Umsatz angenommen. Die Einrichtung hat sich besonders deshalb eingebürgert, weil nur bei diesem Verfahren volle Gewähr für Auslieferung der Pakete gegeben wird. Den Absendern wird die Originalanweisung des Empfängers vom Deutschen Rote Kreuz ausgestellt. Die Pakete werden bei den Zweigstellen der Deutschen Bank, Direktion der Diskonto-Gesellschaft und Dresdener Bank durch Erlagung des Gegenwertes von 2 1/2 Dollar in deutscher Mark bestellt. Sie enthalten 15 Pfund Weismehl, 2 Bäckchen Milch, 2 Pfund Fett, 2 Pfund Zucker, 1 Pfund Salz, 400 Gramm Tee. Nähere Auskunft erteilt das Deutsche Rote Kreuz, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 127, Cecilienhaus, Telefon: Wilhelm 8420-8430.

## Gewerkschaftliches

### Behördliche Maßnahmen gegen Gewerkschaftler

Am 2. Mai d. J. demonstrierten die städtischen Arbeiter vor dem Rathaus, um der Regelung ihrer Lohnverhältnisse Nachdruck zu verleihen. Bei dieser Gelegenheit kam es zu Zusammenstößen mit der Schupo, in deren Verlauf auf die Demonstranten geschossen wurde. Die Berliner Gewerkschaftskommission und die beteiligten Gewerkschaften forderten die städtischen Arbeiter und Angestellten auf, zum Protest gegen das angerichtete Blutbad in einen eintägigen Proteststreik einzutreten.

Der Minister für Volkswohlfahrt und das Berliner Polizeipräsidium nehmen jetzt Veranlassung, gegen einen Teil der städtischen Angestellten, die sich am Proteststreik beteiligten, vorzugehen. Die näheren Einzelheiten sind aus nachfolgendem Schreiben ersichtlich:

Der Polizeipräsident  
Abteilung I  
Berlin-Schöneberg, 7. 7. 1922.  
Tab. Nr. 1 da Akt. 204. 22.

An das  
Hauptgesundheitsamt  
Berlin.

Es ist hier bekannt geworden, daß unter dem Pflegepersonal der städt. Krankenhäuser, welche in der letzten Zeit an den dort zugelassenen abgekürzten Ausbildungslehrgängen teilnahmen und ihre Zulassung zur staatlichen Prüfung beantragt haben, sich Teilnehmer des sogenannten Sympathiestreiks gelegentlich der Demonstrationen vor dem Rathaus am 2. Mai befinden. Durch die plötzliche Niederlegung der Arbeit in den Krankenhäusern haben diese Pflegepersonen einen überaus bedenklichen Mangel an den städtischen Eigenschaften und an dem Verantwortungsgesühl gezeigt, die von jedem berufsmäßigen Krankenpflegepersonal gefordert werden müssen.

In erster Linie kommen hierbei das Pflegepersonal des Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Frage und darunter insbesondere diejenigen, welche sich für die staatliche Prüfung angemeldet worden sind.

Der Herr Minister für Volkswohlfahrt, dem ich hierzu Bericht erstattet habe, wünscht nun über das Verhalten der in Frage kommenden Pflegepersonen noch durch genauere Feststellungen im einzelnen Material zu erhalten; es ist ihm wichtig, die Feststellung, ob die betr. Pflegepersonen als Führer zu der vorübergehenden Einstellung ihrer Tätigkeit oder nur als Beteiligten anzusehen sind.

Ich ersuche ergebenst um Mitteilung hierüber.

A. A.: gen. Schlegelthal.

Es mutet mehr als sonderbar an, wenn aus den Amtsstellen preussischer Behörden, an deren Spitze ein Sozialdemokrat steht, ein Schreiben herausgeht, in dem Gewerkschaftler, die einer Aufforderung ihrer maßgeblichen gewerkschaftlichen Instanzen gewissenhaft Folge leisten, ein „überaus bedenklicher Mangel an städtischen Eigenschaften und an Verantwortungsgesühl“ vorgeworfen wird. Es muß festgehalten werden, daß die Gewerkschaften auch bei diesem Proteststreik Vorkehrungen getroffen hatten, daß sämtliche Notstandsarbeiten, besonders aber in den Krankenhäusern, ausgeführt wurden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch darauf hin, daß von gewerkschaftlicher Seite festgehalten worden ist, daß die dem Wohlfahrtsministerium untergeordneten Organe des Krankenpflegepersonal nach abgelegter Prüfung die staatliche Bekräftigung verlangen, wenn von dem Betreffenden von der politischen Polizei Mitteilung nachgewiesen werden konnte, daß er sich freigewerkschaftlich betätigt. Im Gegensatz hierzu wird dem Pflegepersonal, bei dem keinerlei republikanische oder gar sozialistische Gesinnung vorausgesetzt wird, die staatliche Bekräftigung nicht versagt. Es ist an der Zeit, daß sich die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen mit dem Wohlfahrtsminister über diese „republikanische“ Maßnahme auseinandersetzen. Aber auch die Gewerkschaften sind verpflichtet, alles Notwendige zum Schutze ihrer Mitglieder zu veranlassen. Die ihren Anordnungen gefolgt sind, und solche Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu verhindern.

### Vor einem Streik bei Bolle

In der Meierei Bolle droht ein Konflikt auszubringen, der für die gesamte Groß-Berliner Bevölkerung von Bedeutung ist. Es haben sich dort Zustände herausgebildet, die die Bolle-Gesellschaft der Firma geradezu zur Arbeitsniederlegung zwingen. Der Meiereibetrieb befand sich bis zum 1. April d. J. in Händen der Stadt Berlin; an diesem Tage ging der Betrieb in Privatbesitz, an einen Herrn Affessor Wehrhahn über. Es ergaben sich unter dem neuen Besitzer Unzulänglichkeiten, die schließlich dazu führten, daß ein Teil des Betriebes, die Meierei Groß-Berlin in der Emdener Straße, von dem Unternehmer geschlossen wurde. Damit wurde ein großer Teil der Arbeitnehmer, die teilweise Jahrzehnte in dem Betrieb beschäftigt waren, auf die Straße gesetzt. Neuerdings hat Herr Wehrhahn Betriebsangehörigen, die zur Zeit krank sind, die Kündigung ins Haus geschickt. Auch von diesen Gefährdeten sind mehrere 10 bis 15 Jahre bei Bolle tätig. Herr Wehrhahn geht sogar soweit, daß er entgegen den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes nicht nur die Rechte des Betriebsrates beschneidet, sondern auch Betriebsratsmitglieder entläßt.

In einer Delegiertenversammlung, an der etwa 1200 Be-

triebsangehörige teilnahmen, schilderte Genosse Koch I vom Metallarbeiterverband diese Vorgänge. Er teilte u. a. auch mit, daß die Firma den vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einstimmig gefassten Schiedspruch nicht anerkennt. Genosse Koch bedauerte, daß die Stadt Berlin trotz der erzielten hohen Uberschüsse den Meierei-Betrieb wieder an Privat-Unternehmer abzugeben habe. Koch betonte, daß nochmals versucht werden solle, auf dem Verhandlungswege zu einer Einigung zu kommen. Sollte dies nicht möglich sein, dann müsse die gesamte Belegschaft zusammenstehen und das letzte gewerkschaftliche Mittel gegen die Unternehmer-Billigkeit des Herrn Affessors Wehrhahn anwenden.

Die Ausführungen Kochs wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Sämtliche Diskussionsredner stellten sich auf den von Koch eingenommenen Standpunkt. Nachdem noch Barwja vom Transportarbeiterverband die Ausführungen Kochs ergänzt hatte, wurde eine Resolution, die vom Tarifrat vorgelegt war, angenommen, in der gegen die Gewaltmaßnahmen des Herrn Affessors Wehrhahn scharfer Protest erhoben wird. Die Gewerkschaften werden beauftragt, nochmals in Verhandlungen einzutreten. Sollten diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, verpflichtet sich die Belegschaft, in den Streik einzutreten.

### Die Krise in der Metallindustrie

Am Dienstag, den 15. August 1922, nahm eine gut besuchte Assoziations-Versammlung im großen Saal des „Krieger-Vereinshauses“ den Bericht über die am selben Tage mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller geführten Verhandlungen entgegen.

Günther vom Putz, dessen Bericht durch Röhre vom DWA, und Fritz Schmidt vom BDA, ergänzt wurde, legte die Gründe für die außer der gemeinsamen Forderung der halbmonatlichen Gehaltszahlung aufgestellten verschiedenen Forderungen der drei Verbände dar und schilderte sehr eingehend die einzelnen Phasen der Verhandlung. — Der BDA lehnte es ab, im Rahmen der Gehaltsverhandlungen für den Monat August d. J. gleichzeitig auch über die Halbmonatszahlungen zu verhandeln. Die Beratungen hierüber sollten am Montag, den 21. d. M., gelegentlich der ersten Verhandlung über den Manteltarif erfolgen. Bei der Aussprache über die Erhöhung der Anzahl-Gehälter ergab das Entgegenkommen des BDA für die Angehörigen so weit, daß er eine Erhöhung von 25 Prozent gegenüber dem Monat Juli d. J. als Ausgleich für die katastrophale Geldentwertung anbot. Die Verhandlungsführer sahen sich veranlaßt, diese Angebot abzulehnen und brachen die Verhandlungen ab.

In der Diskussion gab die Redner durchweg ihrer Enttäuschung über das niedrige Angebot des B. D. M. A. Ausdruck und verpflichteten sich, in ihren Betrieben dahin zu wirken, daß die Belegschaften sich reslos zum Durchziehen ihrer gerechtfertigten Forderungen kampfbereit halten. Um den Verhandlungen zu genügen, wurden die Verbände bevollmächtigt, das Reichsarbeitsministerium zu einem von ihnen zu bestimmenden Zeitpunkt anzurufen, ehe dann die Mitgliedschaften die letzte Entscheidung fällen.

**Aufgehobene Sperre.** Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten hat die über den Betrieb Königshaus, Große Frankfurter Straße, Inhaber Fritz Müller, verhängte Sperre wieder aufgehoben.

**Neu Solidarität!** Die Deutsche Filmgewerkschaft hat mit dem Schupverband der Arbeitgeber neuerdings ein Lohnabkommen geschlossen. Die Besitzer Glaser und Leiser der Schweizergarten-Vichtspiele am Friedrichshain stellten ihrem Vorführer, als er für sich Bezahlung nach diesem Abkommen verlangte, anheim, seiner Demagogik den Rücken zu kehren und weiter für einen Hungerlohn von 800 Mark bei ständiger Arbeitszeit pro Woche zu arbeiten. Die Deutsche Filmgewerkschaft erwartet daß das Arbeiterpublikum des Ostens auf diese Summierung die richtige Antwort gibt.

**Zimmerer!** Da am Sonnabend, den 19. d. M., unser Sitzungsausschuß stattfand, ist das Verbandsbüro von 12 Uhr mittags ab geschlossen. Das Kassieren der Beiträge findet nicht am Sonnabend, den 19., sondern am Freitag den 18. August, in den Bezirkslokalen statt, wo zu gleicher Zeit von den Bezirksleitungen bekanntgegeben wird, ob die nächste Bezirksversammlung am 21. oder 22. d. M. abgehalten werden soll. Der Vorstand.

**Lohnabkommen für Handelsarbeiter!** In der Damenwäsche-, Schürzenbranche, Pelzwaren- und Mützenbranche haben Lohnverhandlungen der letzten Tage zu einer Verständigung geführt. An der Fußnote ist der Abschluß der letzten dieser Tage zu erwarten. Tarifabsätze sind im Büro, Zimmer 31, gegen Aufweis der Mitgliedschaft erhältlich. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verantwortlich für die Redaktionen Emil Haug, Berlin, für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: L. G. Gustav Katusch, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Breitkopf“, G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Netzer, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Altterstraße 75

### Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampfadern)

ist San.-Rat Dr. Strahl's Hautsalbe seit 100 Jahren ein mildes und wirksames Mittel. Original-Dose 25 — und 70 — Mark an Apotheken, Elefant-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Str. 74